

Es gibt immer zu viel Arbeit - Für eine solidarische Gesellschaft kämpfen!



*Bei uns bleibt nichts liegen. Und der nächste 1. Mai kommt bestimmt!
Deshalb und weil wir uns einer durch uns angestoßenen Debatte bzw. der an uns
geübten Kritik nicht einfach entziehen möchten, kommt hier für alle Interessierten –
besser spät als nie – unsere Fortführung zur Diskussion um linke Praxis am 1. Mai in
Freiburg und der generellen Fragen, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen wurden.*

Während der Vorbereitung des 1. Mai 2013^[1] in Freiburg veröffentlichten wir ein Positionspapier^[2], das innerhalb der „Szene“ eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Art und Weise revolutionärer Praxis am 1. Mai in Freiburg in Gang bringen und unsere Entscheidung gegen eine Beteiligung an einem als „revolutionär“ firmierenden Bündnis begründen sollte. Daraufhin veröffentlichte die Gruppe Viel zu viel Arbeit eine Kritik an unserem Papier.^[3] Diese Kritik schneidet viele Debatten an, die innerhalb der radikalen Linken geführt werden, und soll hier als Ausgangspunkt dienen, einige unserer Positionen in diesen Bereichen darzulegen, und nicht zuletzt dazu, bezüglich der Kritik der Gruppe Viel zu viel Arbeit Stellung zu beziehen.

Zurück zum Beton?

Viel zu viel Arbeit sieht bundesweit eine Renaissance des Marxismus-Leninismus, die sie sich als Reaktion auf die Auflösungserscheinungen der radikalen Linken sowie einer allgemeinen Verschiebung bzw. der Zerstörung theoretischer Grundannahmen unter dem Einfluss der „Postmoderne“ und der „Dekonstruktion“ erklärt. Die „objektiven Wahrheiten“ des Marxismus-Leninismus würden vor diesem Hintergrund gerade bei jungen Antifaschisten auf Zuspruch stoßen, bei denen häufig ein instinktives Abgrenzungsbedürfnis zu den all zu oft ins Absurde abdriftenden szeneeinternen Diskussionen vorherrschen würde. Hier sortiert Viel zu viel Arbeit auch uns ein. Die hohe Priorität, die wir dem ökonomischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit einräumen, und unsere kri-

tische Haltung gegenüber den dekonstruktivistischen Debatten stellen für Viel zu viel Arbeit „einen Schritt nach Vorne“ dar. Unser positiver Bezug auf den Marxismus-Leninismus, den Viel zu viel Arbeit an unserer Analyse und Sprache festmacht, werfe uns hingegen drei Schritte zurück.

Gerade auch weil uns die Gruppe Viel zu viel Arbeit im Text eine phrasen- und floskelhafte Verwendung von Begrifflichkeiten vorwirft, wirkt die äußerst platte Einordnung unserer Gruppe als marxistisch-leninistisches Projekt befremdlich. Denn Viel zu viel Arbeit bemüht den Marxismus-Leninismus nicht im Sinne einer wissenschaftlichen Standortbestimmung, sondern szenetypisch in Form eines – inhaltsleeren – Angriffs. Weder werden Kernelemente der marxistisch-leninistischen Weltanschauung benannt und eine positive Bezugnahme unsererseits auf diese belegt, noch wird überhaupt dargelegt, was denn konkret am Marxismus-Leninismus die „Schritte zurück“ sein sollen.

Die ALFR versteht sich als eine Organisation von Kommunistinnen und Kommunisten. Ein positiver Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und die sozialistischen Versuche sind aus unserem Selbstverständnis deutlich herauszulesen.^[4] Da wir aber als ALFR keine Parteigründung betreiben und unabhängig von der marxistisch-leninistischen Partei unseres Landes und auch den K-Gruppen sind, ist wohl eines der zentralsten Merkmale marxistisch-leninistischer Organisation, nämlich das Organisationskonzept als Kaderpartei, nicht gegeben.

Die Feststellung, dass es sich bei der ALFR nicht um eine marxistisch-leninistische Organisation handelt, ist allerdings keineswegs als Kapitulation vor den Versuchen

zu verstehen, eine positive Bezugnahme auf Lenin zu skandalisieren, wie sie innerhalb der alternativen Szene ebenso wie im politischen Mainstream zu beobachten sind. Bedenklich ist unserer Auffassung nach nicht ein positiver Bezug auf Lenin, immerhin der wichtigste Theoretiker und Anführer der folgenreichsten Revolution des 20. Jahrhunderts, und Teile seiner Theoriebildung (z.B. Kriegs-, Imperialismus-, Revolutionstheorie oder Organisationskonzept), sondern die starken totalitarismustheoretischen und ahistorischen Anleihen in der Kritik an Lenin, der Oktoberrevolution und am real existierenden Sozialismus. Wer versucht, Lenin mit dem Rückenwind des gesellschaftlichen Mainstreams aus der Geschichte der Linken zu streichen, übersieht, dass derzeit die komplette Entsorgung der Geschichte der Arbeiterbewegung auf der Agenda steht (übrigens auch ihrer anarchistisch geprägten Teile) und dies wiederum eine zentrale Voraussetzung für die Aufrichtung des totalitarismustheoretischen Paradigmas darstellt. Flankiert werden diese Bestrebungen von der Wertkritik, bei der sich die „innerlinke“ Lenin-Kritik bedient, die ebenso scheußliche wie absurde Begriffe wie „Arbeiterbewegungsmarxismus“ erfunden hat^[5] – als ob es einen anderen Marxismus gebe als den, der nicht zuallererst „Arbeiterbewegungsmarxismus“ wäre.

Analyse, Unschärfen und aufgeblasene Definitionsfragen; Klassenstandort und Klassenstandpunkt

Zum Vorwurf der analytischen Unschärfe, vor allem bezüglich des Begriffs der „Arbeiterklasse“, sei angemerkt: Der Rahmen unseres Positionspapiers war nicht darauf ausgelegt, erschöpfend Definitionsfragen abzuhandeln, sondern viel mehr darauf, unsere Praxis am 1. Mai zu vermitteln. Selbstverständlich bleibt die Frage von Viel zu viel Arbeit, wen wir denn meinen, wenn wir von Arbeiterklasse reden, legitim. Dennoch wollen wir feststellen, dass man die Frage nach einer Definition von „Arbeiterklasse“ nicht „zum Dreh- und Angelpunkt revolutionärer Klarheit“ aufblasen sollte.

Der Verweis auf die „Lohnabhängigkeit“ von Managern soll wohl belegen, dass die Realität der Klassenverhältnisse komplexer sei, als sie von uns und auch der historischen Arbeiterbewegung erfasst wird bzw. wurde. Hierzu stellen wir zunächst fest, dass der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in seiner Zuspitzung in handfester Form nachweisbar ist: die materielle Ungleichheit nimmt in Deutschland wie auch weltweit stetig zu^[6], und dies unabhängig davon, ob Arbeiter Aktien besitzen oder Manager oberflächlich betrachtet ihre Arbeitskraft verkaufen. Den Vorwurf, wir würden die Komplexität der Klassenverhältnisse nicht anerkennen, weisen wir zurück und fügen hinzu, dass Trusts und Aktiengesellschaften kein neuartiges Phänomen sind, sondern schon zu Zeiten Karl Marx´ existierten. Die Feststellung zunehmender Komplexität könnte man auch

als Binsenweisheit abkanzeln. Auf keinen Fall sollte sie uns dazu verleiten, Abstand zu nehmen von der Auffassung der Existenz antagonistisch gegenüberstehender Klassen – so vielfältig diese im Einzelnen auch ausgestaltet sein mögen. Schleierhaft ist uns, welche Schlussfolgerung Viel zu Viel Arbeit aus ihren Gedankenexperimenten bezüglich der Begriffsbestimmung der „Arbeiterklasse“ eigentlich ziehen will und wie eine daraus abgeleitete Praxis ihrer Meinung nach aussehen sollte.

Unabhängig davon, dass die Begriffserörterung der Gruppe Viel zu viel Arbeit mit der Realität wenig zu tun hat, lässt sich, „[w]er im strukturellen Sinn zu welcher Klasse gehört, [...] auch nicht durch formelle Eigenschaften bestimmen, wie etwa die Existenz eines Lohnarbeitsverhältnisses, sondern nur durch die Stellung innerhalb des Produktionsprozesses. [...] Der Vorstandsvorsitzende einer Aktiengesellschaft mag formell ein Lohnarbeiter sein, tatsächlich ist er ‚fungierender Kapitalist‘, er verfügt über Kapital (auch wenn es nicht sein Eigentum ist), organisiert die Ausbeutung und seine ‚Bezahlung‘ richtet sich nicht am Wert seiner Arbeitskraft aus sondern am Mehrwert.“^[7]

Ein Vorstandsvorsitzender macht seine Arbeit eben „erst dann optimal, wenn sein Einkommen mit dem Gewinn steigt oder – noch besser – mit diesem teildentisch ist. Soll heißen, er muß so viel verdienen, daß er das gar nicht alles selbst verbrauchen kann. Damit wird er in der Regel seinerseits zum Aktionär.“^[8]

Wir widersprechen außerdem dem Vorwurf der schwammigen Verwendung des Begriffs der „Bürgerlichkeit“. Wir verweisen in unserem Text ausdrücklich darauf, dass „[e] in Begriff wie ‚bürgerlich‘ [...] der Bestimmung des Klassenstandorts UND des Klassenstandpunktes, und nichts anderem [im Original nicht hervorgehoben; ALFR]“^[9] dient. Wir sprechen also an dieser Stelle von zweierlei: „bürgerlich“ als sozioökonomische Zustandsbeschreibung, aber auch als politische Standpunktbestimmung. Unser Positionspapier zieht also sehr wohl die Möglichkeit in Betracht, dass Arbeiter bürgerliche Wertvorstellungen vertreten.

Wir sind sogar überzeugt, dass die Arbeiter dies derzeit in hohem Maße tun. Das ist uns offensichtlich weitaus bewusster als den Leuten, die ständig zur Bestätigung ihrer antigewerkschaftlichen Ideologie die vorgebliche Spontanität der Massen herbeireden, und in diesem Sinn die Gewerkschaften als die Kräfte angreifen, die ein vorhandenes revolutionäres Bewusstsein permanent in systemkonforme Bahnen lenken würden, wie das auch die Gruppe Viel zu viel Arbeit oder die FAU tun.^[10] Wir machen uns da derzeit weniger Illusionen über den Zustand der Klasse. Zuallererst ist die Wiedererweckung von Klassenbewusstsein eine, wenn nicht die zentrale Aufgabe der Linken, will sie denn wieder gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten. Darüber hinaus sei angemerkt, dass es wohl kaum einen Betrieb geben wird, in dem die klassenbewussten Kollegen diejenigen sind, die aus Überzeugung nicht Gewerkschaftsmitglieder sind – zu 99% dürfte das Gegenteil der Fall sein.

Der DGB und die Rolle der Linken

So richtig wir finden, dass die Gruppe Viel zu viel Arbeit in ihrer Analyse die Zerfallerscheinungen der radikalen Linken zumindest nennt, so folgerichtig müsste es sein, diese Zerfallerscheinungen nicht isoliert zu betrachten, sondern sie in den Kontext der aktuell allgemeinen Schwäche der Linken einzuordnen. Und: Eine Schwäche der Linken stellt sich immer auch als eine Schwäche der Gewerkschaften dar.

Wenn deren Mitgliederzahlen stetig sinken, diese von einer Niederlage zur nächsten schreiten, ein schlechter Tarifabschluss dem vorigen folgt und die Lohnentwicklung kaum der Preissteigerung folgt, ist das in erster Linie Ausdruck der fehlenden Möglichkeiten und Kraft der Gewerkschaften, nicht ihres fehlenden Willens. Wer die Gewerkschaften zu den Verantwortlichen dieser Entwicklung erklärt, verwechselt Ursache mit Wirkung. Daraus die Konsequenz zu ziehen, auf Gegnerschaft zum DGB zu gehen, ist verharmlosend gesagt wenig zielführend, zumal mangels einer relevanten Alternative eigentlich unverantwortlich.

Da die Gewerkschaften nach wie vor die Organisationen der abhängig Beschäftigten in diesem Land sind, ist es alternativlos, sich in ihnen zu organisieren, sie als Kampffelder zu begreifen, in ihnen als revolutionäre Linke zu arbeiten und den linken Teil innerhalb der Gewerkschaften zu stärken bzw. zu bilden. Demzufolge ist es auch nur konsequent, am 1. Mai mit einem antikapitalistischen Block auf einer Gewerkschaftsdemonstration aufzutreten und die eigenen Positionen nach außen zu tragen.

Ein nicht irrelevanter innergewerkschaftlicher Linkstrend lässt darauf schließen, dass eine solche Strategie nicht verkehrt ist. Dieser kommt auch darin zum Vorschein, dass mittlerweile einzelne DGB-Gewerkschaften, wie die IG BAU und ver.di, das politische Streikrecht auf der Ebene ihrer höchsten Gremien zur Forderung erhoben haben. Diese Entwicklung darf angesichts der Tatsache, dass die Gewerkschaften über Millionen von Mitgliedern verfügen, in keiner Analyse revolutionärer Linker fehlen.

Viel zu viel Arbeit erklärt demgegenüber die Selbstorganisation von kämpfenden Arbeitern für relevanter und kommt damit nicht darüber hinaus, im DGB verbissen ein Feindbild zu pflegen. Wir fragen uns, wieso die Gruppe Viel zu viel Arbeit es als Absurdität hinstellt, wenn sich revolutionäre Linke an einer Gewerkschaftsdemonstration beteiligen – und zwar in Form eines explizit antikapitalistischen Blocks und unter einem Bündnisaufruf, den sicher auch die Gruppe Viel zu viel Arbeit mittragen könnte. Weil wir daran mitwirken wollen, dass die Linke stärker wird, ziehen wir uns eben nicht in Szenenischen, in Inaktivität oder ins Private zurück, sondern versuchen, linke Positionen in der Öffentlichkeit zu stärken – wie zum Beispiel mit dem Antikapitalistischen Block auf der DGB-Demo. Völlig

unverständlich ist uns daher der Vorwurf von Viel zu viel Arbeit, wir hätten „ein instrumentelles Verhältnis zu ‚den Massen‘, die auf dem 1.-Mai-Fest des DGB abgefischt werden sollen.“ Wer sich, wie Viel zu viel Arbeit schreibt, „eine umfassende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – und von uns selbst – in einem umwälzenden Prozess“ wünscht und es ernst damit meint, kommt nicht an dem Wagnis vorbei, eine linke, antikapitalistische Perspektive in möglichst breite Kreise der Gesellschaft zu propagieren – nicht nur, aber auch am 1. Mai. Wir stellen darüber hinaus fest, dass eine solche Praxis auch bundesweit so üblich ist.

Die Gruppe Viel zu viel Arbeit schlägt stattdessen alternative, aktionsrelevante Themen vor, mit denen sich eine Auseinandersetzung am 1. Mai ihrer Meinung nach gelohnt hätte: „die Abschiebepolitik der Stadt/Landesregierung, die Kürzungspläne beim größten Arbeitgeber Uniklinik, die ständigen Mieterhöhungen“. In ihrem Abgrenzungsbedürfnis übersieht die Gruppe Viel zu viel Arbeit freilich, dass alle diese von ihnen eingeforderten

Themen in und um das sogenannte DGB-„Bierfest“ zur Geltung kamen: sowohl an den Infoständen der zahlreichen politischen Initiativen als auch auf der Bühne, wo beileibe nicht nur „DGB-Funktionäre“, wie Viel zu viel Arbeit behauptet, gesprochen haben. Dass auch wir uns nicht in allen Inhalten und Programmpunkten wiederfinden, lässt sich aushalten, denn eine politische Praxis, die keinerlei Kompromisse eingehen kann, macht handlungsunfähig.

„Eben nicht in Szenenischen, in Inaktivität oder ins Private zurückziehen, sondern versuchen, linke Positionen in der Öffentlichkeit zu stärken.“

Voluntarismus & Fundamentalkritik

Die Erhebung der ideologisch motivierten antigewerkschaftlichen Position zum Dogma sowie das Bestehen auf die radikalst mögliche Position – scheinbar als Selbstzweck – verstellt der Gruppe Viel zu viel Arbeit den Blick auf tatsächliche Lebensrealitäten und Vermittelbarkeit. Es ist dies der gleiche Radikalismus und Voluntarismus, für den Teile der Linksradiakalen schon immer anfällig waren: Derartige Positionierungen bringen die Gruppe Viel zu viel Arbeit ironischerweise nicht nur in ihrem Dogmatismus, sondern auch inhaltlich in eine sicher nicht intendierte Nähe zu den K-Gruppen.[11]

Argumentativ wird die Fundamentalkritik am DGB und seinen Gewerkschaften im Papier von Viel zu viel Arbeit außerdem mit einigen Unsachlichkeiten untermauert. So ist es zum Beispiel nicht richtig, dass der DGB, wie Viel zu viel Arbeit behauptet, „[m]assenhafte Lohnsenkungen, längere Arbeitszeiten, weniger Kündigungsschutz, Agenda 2010 und Hartz IV“ mittragen würde. Tatsächlich hat sich der DGB gegen alle diese Punkte ausgesprochen.[12] „Mittragen“ tut er lediglich indirekt, indem er keinen massenhaften Widerstand organisiert, was man ihm vorwerfen kann. Ob der DGB das nicht will oder nicht kann, oder wie es mit den innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnis-

sen tatsächlich bestellt ist, wären hingegen interessante Fragen. Bezogen auf dieses „Mittragen“ stellt die Gruppe Viel zu viel Arbeit die rhetorische Frage, was daraus folgen könne, „wenn nicht eine Fundamentalkritik am DGB?“ Unser Vorschlag wäre: Zum Beispiel eine Fundamentalkritik an längeren Arbeitszeiten, weniger Kündigungsschutz, Agenda 2010 und Hartz IV, die offensiv in den Gewerkschaften gestärkt werden muss.

Als Kronzeugen für die notwendige Fundamentalkritik am DGB will Viel zu viel Arbeit auch die Arbeiter des Hamburger Verpackungsherstellers Neupack ins Feld führen. Unseres Erachtens ist gerade dies beispielhaft für die von Viel zu viel Arbeit betriebene Ideologiebildung. So richtig die Kritik des Jour Fixe der Hamburger Gewerkschaftslinken (bei dem es sich übrigens nicht wie der Name suggeriert um Gewerkschaftslinken handelt, sondern vielmehr um ein außergewerkschaftliches syndikalistisches Netzwerk), deren Position auch Viel zu viel Arbeit wieder gibt, am sozialpartnerschaftlichen Kurs der IG BCE und an den taktischen Fehlern der Streikführung ist, so falsch ist der Schluss, den beide daraus ziehen:

„Ein eigenständiger, d.h. nicht von der IG BCE getragener Streik, hätte aus vielerlei Gründen nicht einmal seinen ersten Tag überstanden. Bei dieser von Armutslöhnen geprägten Belegschaft gilt das schon allein aus finanziellen Gründen. Tatsächlich haben nur materielle Unterstützungen, die die satzungsmäßigen Leistungen der IG BCE bis an die Grenze ausreizen, den Arbeitskampf ermöglicht.“^[13]

Bemerkenswert an der Position der Gruppe Viel zu viel Arbeit wie auch anderer Linksradikaler finden wir ferner, dass nur den Gewerkschaften ihr Reformismus vorgeworfen wird. Die Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen, das Einfordern der Wiederherstellung des Asylrechts, die konkreten Versuche, Abschiebungen zu verhindern: All dies erntet – natürlich völlig zu recht – breite Solidarität. Wobei bei Licht betrachtet all dies nichts weiter als blanker Reformismus ist. Allerdings kommt kein Linksradikaler auf die Idee, Zusammenhänge wie Aktion Bleiberecht oder SAGA für diesen ihren Reformismus anzugreifen. Und das ist auch gut so, denn zu wichtig ist deren politische Arbeit.

Antifaschistische Linke Freiburg, Januar 2015

[1] Vgl. Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR), Auf ein Neues - Auswertung des 1. Mai 2013 in Freiburg, 06.03.2014, online unter <http://www.antifaschistische-linke.de/?p=2816>, abgerufen am 14.01.2015.

[2] Vgl. Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR), Positionspapier der ALFR – Antifaschistischen Linke Freiburg zum Szenetreffen zur Wiederbelebung des rev. 1.Mai 2013 in Freiburg, Februar 2003, online unter <http://www.antifaschistische-linke.de/?p=1410>, abgerufen am 05.11.2014.

[3] Vgl. Viel zu viel Arbeit, Identitär vs. Reaktionär vs. ALFR. Anmerkungen zum Positionspapier der Antifaschistischen Linken Freiburg zum 1. Mai, in: trend onlinezeitung 05-2013 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0513/t010513.html>, abgerufen am 04.11.2014. Aus Gründen besserer Lesbarkeit wird sich im Folgenden, wenn nicht anders gekennzeichnet, auf diesen Text bezogen.

[4] Vgl. Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR), Selbstverständnis der Antifaschistischen Linken Freiburg (ALFR). Wer wir sind und was wir wollen, Freiburg im Breisgau 2009, S. 2-20, online unter <http://www.antifaschistische-linke.de/PDF/ueberuns.pdf>, abgerufen am 04.11.2014.

[5] Vgl. Kurz, Robert, Auf der Suche nach dem verlorenen sozialistischen Ziel. Manifest für die Erneuerung revolutionärer Theorie, hrsg. v. Initiative Marxistische Kritik (IMK), Erlangen 1988, S. 91-92, online unter <http://www.exit-online.org/link.php?table=buecher&posnr=7>, abgerufen am 04.11.2014.

[6] Exemplarisch: vgl. DIW-Studie. Reiche werden reicher, Arme werden mehr, in: Zeit Online am 24.04.2014 unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-02/diw-studie-vermoegensverteilung-deutschland>, abgerufen am 11.11.2014; vgl. aar, Studie: Ein Prozent der Menschheit besitzt Hälfte des weltweiten Reichtums, in: SPON am 20.01.2014 unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oxfam-studie-kluft-zwischen-armen-und-reichen-waechst-a-944474.html>, abgerufen am 11.11.2014.

[7] Heinrich, Michael, Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart 2005 (Theorie.org), S. 195; online unter Heinrich, Michael, Klassen, Klassenkampf und Geschichtsdeterminismus, in: Trend Onlinezeitung 01/05 unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0105/t080105.html>, abgerufen am 11.11.2014; Äußerst lesenswert in diesem Zusammenhang – der Frage nach konkurrierenden Konstellationen innerhalb des Kapital-

lagers, konkret zwischen Managern als „fungierenden Kapitalisten“ gegenüber Anteilseignern – ist ein polemischer Beitrag Georg Fülberths aus der Konkret vor dem Hintergrund der Debatte um das Maß von Manager-Gehältern: vgl. Fülberth, Georg, Zweiklassenkampf. Wer hat warum den ehemaligen Postchef Zumwinkel enttarnt?, in: Konkret. Politik & Kultur 52. Heft 04/April 2008, S. 26, online unter <http://www.konkret-verlage.de/kvv/txt.php?text=zweiklassenkampf&jahr=2008&mon=04>, abgerufen am 11.11.2014.

[8] Fülberth, a.a.O., S. 26.

[9] Vgl. ALFR, Positionspapier, a.a.O.

[10] Exemplarisch: vgl. FAU IAA, Prinzipienklärung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union FAU IAA. Internet-Edition, Leipzig 2006, S. 11, online unter http://www.fau.org/ueber_uns/prinzipienklaerung_web-2006.pdf, abgerufen am 16.12.2014.

[11] So heißt es etwa im recht aktuellen programmatischen Selbstverständnis des Kommunistischen Aufbau: „Die DGB-Gewerkschaften und andere gelbe Gewerkschaften können nicht erobert werden, sondern müssen im Prozess der Revolution zerschlagen werden. Stattdessen muss eine klassenkämpferische ArbeiterInnenbewegung aufgebaut werden“: Kommunistischer Aufbau, Programmatisches Selbstverständnis von 'Kommunistischer Aufbau', in: Kommunistischer Aufbau, Ein Gespenst kehrt zurück... Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert, keine Ortsangabe 2014, S. 26-28, S. 27; online unter http://komaufbau.org/wp-content/uploads/2014/05/Ein_Gespenst_kehrt_zurueck-Kommunistische_Partei_im_21._Jahrhundert.pdf [abgerufen am 06.11.2014]; vgl. Kommunistischer Aufbau, Ein Gespenst kehrt zurück... Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert, keine Ortsangabe 2014, S. 6; vgl. ebd., S. 8-9; vgl. ebd., S. 19; online unter http://komaufbau.org/wp-content/uploads/2014/05/Ein_Gespenst_kehrt_zurueck-Kommunistische_Partei_im_21._Jahrhundert.pdf [abgerufen am 06.11.2014].

[12] Exemplarisch: vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Agenda 2010 hat Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben, Pressemitteilung 038 vom 13.03.2008, online unter <http://www.dgb.de/presse/++co++457f6bd4-155f-11df-4ca9-00093d10fae2>, abgerufen am 11.11.2014.

[13] Humburg, Harald, Mehr als 8 Monate Arbeitskampf bei Neupack. Prekär Beschäftigte wehren sich. Erfahrungen, Schlussfolgerungen, Lehren – ein erster Versuch. Stand August 2013, online unter <http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/08/Neupack-Humburg.pdf>, S. 6.

Neuigkeiten und Informationen rund um den
antikapitalistischen 1.Mai in Freiburg:
www.antikap-freiburg.tk

www.antifaschistische-linke.de